

(Abgeordneter Seltner.)

(A) gunsten der Streikposten geduldet werden. Dann muß ich mich allerdings noch gegen eine weitere Äußerung des Herrn Vizepräsidenten Opitz wenden. Er hat gemeint, daß für die Maßregel des Streikpostenverbots doch vor allen Dingen auch die Erfahrung spräche, die wir bei den meisten Gerichtsverhandlungen, die infolge von Streikunruhen vorgekommen sind, gemacht hätten, daß nämlich nicht die Ruhestörer, sondern die Polizeiorgane schließlich als die Angeklagten erschienen sind. Ich muß diese Beobachtung zum großen Teil als richtig zugeben. Gerade bei dem Moabiter Prozeß war es ja höchst unangenehm, wie schließlich beinahe die Polizei als die Angeklagte erschien. Aber die Folgerung, die der Herr Vizepräsident gezogen hat, ist meiner Ansicht nach geradezu irrig. Denn woran liegt das? Doch gerade daran, daß bei allen derartigen Vorgängen, die die Öffentlichkeit stark erregen — es ist heute und am Donnerstag wiederholt ausgeführt worden —, die Beweisfrage so ungeheuer schwierig liegt, daß deshalb, weil die Zeugenaussagen so auseinandergehen, indem die der Polizeiorgane denen eines großen Teils des Publikums geradezu widersprechen, die objektive Wahrheit eben sehr schwer oder gar nicht festzustellen ist. Nun ist doch aber nichts schwerer festzustellen als die Tatsache, ob es sich um Streikposten handelt oder nicht, und wir würden diese ganzen Beweischwierigkeiten in erhöhtem, in verdoppeltem Maße bei jedem Prozeß finden, der auf Grund eines Streikpostenverbotes gegen Streikposten angestrengt würde. In diesen Prozessen würden erst recht die Polizeiorgane, die gegen einen nach Aussage der anderen Zeugen ruhig auf der Straße stehenden Mann einschreiten, als Angeklagte erscheinen. Also, meine Herren, auch dieser Grund schlägt nicht durch, und ich muß deshalb dabei bleiben, daß bei den ungeheuren Schwierigkeiten, die ein Streikpostenverbot verursachen würde, nach jeder Richtung hin und bei der Zweifelhaftheit, ob es überhaupt zu irgendeinem Erfolge führen kann, es nicht richtig ist, ein solches Verbot zu erlassen. Ich bleibe dabei, daß die Maßnahmen, die von unserer Seite vorgeschlagen sind, und denen die Königliche Staatsregierung zum großen Teile zugestimmt hat, weitaus richtiger sind.

Nebenbei möchte ich bemerken, daß ich nicht recht den Dank verstanden habe, den der Herr Vizepräsident Opitz an die Staatsregierung gerichtet hat. Er war auf der einen Seite dahin gerichtet, daß sie den einen Punkt, den wir vorgeschlagen haben, nicht ins Werk setzen will, auf der anderen Seite hat die Königliche Staatsregierung gerade dasjenige, was Sie (nach rechts) in der Hauptsache fordern, abgelehnt. Deshalb habe ich nicht ganz verstanden, daß von Ihnen der Königlichen Staatsregie-

runge für diese Ablehnung Ihrer Bestrebungen der Dank (C) ausgesprochen worden ist. Denn anders kann ich eigentlich den Schluß der Rede des Herrn Vizepräsidenten Opitz nicht verstehen.

Doch ich will nicht weiter auf diese Dinge eingehen. Aber die Rede des Herrn Abgeordneten Sindermann gibt mir noch zu einigen wenigen Bemerkungen Veranlassung. Der Herr Abgeordnete Sindermann — ich muß es hier kürzen, ich kann es natürlich nicht in der Ausführlichkeit wiedergeben — hat gesagt: „Wenn Sie versuchen, die Arbeiter auf dem Boden des Ausnahmegesetzes anders zu behandeln als die anderen Staatsbürger, dann beschwören Sie eine Katastrophe herauf.“

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Den Satz kann ich nur unterschreiben. Aber abgesehen von einigen wenigen Heißspornen will doch niemand wirklich eine solche Ausnahmebehandlung der Arbeiter haben.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die wollen Sie!)

Das wollen die Herren auf der rechten Seite nicht, und das wollen wir auch nicht.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wollen Sie!)

Nein, das ist gerade das, was wir vollkommen ablehnen. (D) Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Staat als solcher alle seine Maßnahmen vollständig paritätisch gegen die Arbeitgeber und gegen die Arbeitnehmer einzurichten hat bei allen Differenzen, die zwischen diesen beiden Gruppen entstehen. Hierauf müssen wir stehen bleiben und der Herr Abgeordnete Sindermann hat absolut nicht recht, wenn er behauptet hat, daß wir so schlau gewesen wären, zu merken, daß wir alle Arbeiter von uns stießen, wenn wir das Streikpostenverbot verlangten, daß wir aber die Regierung angefleht hätten, so scharf vorzugehen, daß auf anderem Wege dasselbe erreicht würde. Nein, meine Herren, ich muß wiederholen: Das ist nicht richtig, und unser Vorgehen ist nicht nur schlau, sondern ist auch — das muß ich gegen den Herrn Abgeordneten Sindermann behaupten — durchaus konsequent, weil wir absolut auf dem Standpunkte stehen: Der Staat muß sich in allen diesen Dingen vollständig paritätisch halten.

Meine Herren! Ich habe schon angeführt, daß wir die Streiks an sich nicht bekämpfen wollen. Sie sind leider Gottes manchmal notwendig, wenn auch nur im äußersten Falle. Aber was wir bekämpfen wollen und was wir mit allen Mitteln bekämpfen wollen, das sind die Auswüchse, die bei Streiks entstehen. Wir wollen, daß die Arbeiter ihr Recht behalten sollen, wir wollen, daß sie das Koalitionsrecht in jeder Weise, wie es das Recht ihnen an die Hand